



Oliver Struß: Die Geschwindigkeit, in der heute politische Entscheidungen getroffen und rückgängig gemacht werden, nimmt rapide zu. Damit wird vieles unkalkulierbar, zum Beispiel bei der Besteuerung von Unternehmen und deren Mitarbeitern.

Andreas Sander: Ich denke, dass die momentanen Probleme eher gesellschaftspolitisch als parteipolitisch zu sehen sind. Notwendige Veränderungen müssen dem Bürger vernünftig vermittelt werden. Dann kommt es auch nicht zu Protestwahlen von rechtsradikalen Parteien.



Claudia Weber: „Ganz bestimmt“ sind die Menschen politikmüde geworden. Man muss sich nur die Wahlbeteiligungen ansehen. Das hat damit zu tun, dass fast alle meinen, es ändert sich ohnehin nichts, ganz egal, für wen wir stimmen.“



Rüdiger Knaack: „Die Menschen haben das Vertrauen in die Politik verloren und sind deswegen auf Distanz gegangen. Zu viele Politiker gebärden sich wie Eigenunternehmer, nicht wie Volksvertreter. Nicht zur Wahl zu gehen ist gefährlich.“



Verweigern ist eher Selbstbestrafung und hilft den Falschen

Jedes Volk in einer Demokratie hat die Politiker, die es verdient. Es hat somit auch die Regierung, die es verdient und ist so gesehen seines Glückes eigener Schmied, denn es kann ja anders wählen, wenn es mit den handelnden Personen nicht mehr einverstanden ist. Alles ist aber noch einigermaßen in Ordnung, so lange sich das Volk seiner demokratischen Rechte und Pflichten besinnt und sie wahrnimmt, so lange es also überhaupt wählen geht. Was wir allerdings in den vergangenen Monaten in Deutschland erlebt haben, das muss uns bangen lassen: Fast die Hälfte aller wahlberechtigten Mitbürgerinnen und Mitbürger nahm an den Wahlen nicht mehr aktiv teil, allenfalls als nörgelnde Beobachtermasse. „Den Pfeifen da oben“ zeigten sie auf ihre eigene Art und Weise die gelbe Karte, strafften sie ab. Meinten sie.

Und lagen damit falsch. Im Prinzip haben sich die Nichtwähler selbst die rote Karte gezeigt. Sie zwingen nicht mehr zur inhaltlichen Auseinandersetzung, sie ziehen sich zurück. Sie nehmen nicht mehr teil. Sie geben statt dessen ein Terrain frei, das sofort – und das ist das Übel – von denen besetzt wird, die die programmatische Lösung unserer Probleme im ehemaligen Wohlstandsland mit Sicherheit nicht leisten können. Den Extremisten von rechts und links geht es um schnellen Machtgewinn, dazu bedienen sie sich flacher Parolen, emotionalisierender Sprüche und der schnellen Erreichbarkeit ewig Gestriger aus beiden Lagern. Dabei hat das Gros der Nichtwähler genau diesen Nebeneffekt eigentlich nicht beabsichtigt. Die Reue indes kommt zu spät, gewählt ist gewählt, für die nächsten Jahre sind Tatbestände geschaffen.

Die großen Verlierer sind die großen Volksparteien. Dass die SPD in Sachsen fast auf Augenhöhe mit den Rechtsradikalen (beide unter 10 Prozent) in den Landtag einzieht, ist eine schallende Ohrfeige für das Regierungslager im Bund. Doch die CDU hat keinen Anlass, feixend diesen Niedergang zu bejagen. Stimmenverluste im zweistelligen Bereich bei den Wahlen in Sachsen und Brandenburg, ganz aktuell jetzt auch das Abrutschen in allen Umfragen der Meinungsforschungsinstitute belegen, dass man auch mit den Konservativen nicht mehr einverstanden ist.

Die „Abgewatschten“ machen aber an den Wahlenden trotz teils dramatischer Schlapfen genau das, was ihnen auch den letzten Hauch von Glaubwürdigkeit nimmt. Sie feiern sich unverfroren als Sieger. Mehr als zehn Prozent

an Stimmen verloren, aber die CDU sieht sich bestätigt. Sie hat gewonnen, wer was anderes sagt, der kann nicht rechnen. Die SPD rutscht im Gesamtergebnis auf ein wirklich historisches Tief, aber sie sieht sich in ihrer Arbeit bestätigt. Wer sich an die Diskussionen nach den Wahlen in Sachsen und Brandenburg erinnert, fragt sich, welcher Grad von Realitätsverlust erreicht sein muss, damit man so argumentieren kann. Diese Leute soll man wählen?

Trotz allen Ärgers: Ja, und nochmals ja. Zumindest an Wahlen teilnehmen, gerne nach demokratischen Alternativen suchen. Aber bitte keinesfalls denen die Felder überlassen, die die Demokratie nur als Vehikel benutzen, um sich in Positionen zu bringen, aus denen heraus sie dann andere Saiten aufziehen können. Klaus Langhardt



Olaf Homann: „Dass die Menschen eine gewisse Politikmüdigkeit verspüren, merkt man daran, dass immer weniger zu den Wahlen gehen. Bei vielen gibt es das Gefühl: Die da oben wissen doch gar nicht mehr, was bei uns hier unten überhaupt los ist.“



Florian Gründel: „Ganz eindeutig, es gibt diese Politikmüdigkeit. Wir wissen das aus vielen Gesprächen mit unseren Patienten. Die fühlen sich einfach nicht mehr verstanden und haben Vertrauen verloren. Deshalb gehen sie auch nicht mehr wählen.“



„Elvis“ Huberkann: „Die Bürger sind nicht politikmüde, sie haben aber die Nase voll vom ständigen Reparieren, Flicken und Löcherstopfen. Sie haben die sprachliche Obdorsichtigkeit der Politiker, ihre armselige Begriffspalterei und deren Realitätsverlust satt.“



Wolfgang Borkowski: „Natürlich sind die Leute müde von dieser Politik. Politiker reden viel und sagen wenig, die Ergebnisse stimmen einfach seit langem nicht mehr. Dennoch, man sollte unbedingt wählen gehen. Wir leben schließlich in einer Demokratie.“



Thomas Kaphammel: „Ich glaube, dass die Menschen politikmüde geworden sind und es noch weiter werden. Das was Politik abgeliefert hat, verunsichert einfach. Nicht zu wählen, halte ich nicht für gut. Wir sind schließlich Staatsbürger mit Rechten und Pflichten und nicht Staatsbewahrer.“



Horst Baseniak: Den meisten Politikern geht es nur darum, an der Macht zu bleiben und nicht so sehr um die Probleme, die dringend gelöst werden müssen, um Deutschland als Wirtschaftsstandort zu fördern. Sie blockieren sich gegenseitig statt sinnvoller Synergien zu nutzen.



Heinrich Knips: „Ich weiß aus vielen Gesprächen, dass die Leute einfach genug haben. Es reicht ihnen, das Vertrauen ist verloren gegangen. Sie glauben auch nicht mehr, dass es eine andere Regierung besser machen könnte. Zu wählen ist ein Grundrecht, das gibt man nicht einfach weg.“



Hella Rieke: Politiker verstehen es derzeit nicht, notwendige Veränderungen überzeugend und vor allem verständlich zu vermitteln. Hier hat die Politik versagt. Sprüche man eine verständliche Sprache, würden die meisten in unserem Land die Notwendigkeit von Reformen einsehen.